

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit  
(16. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Hubertus Zdebel, Andrej Hunko, Karin Binder, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 18/7875 –

**Risiko-Reaktoren abschalten – Atomausstieg in Europa beschleunigen**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Annalena Baerbock, Bärbel Höhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 18/7656 –

**30 Jahre Tschernobyl, 5 Jahre Fukushima – Atomausstieg konsequent durchsetzen**

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Annalena Baerbock, Bärbel Höhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 18/7668 –

**Atomkraftwerk Cattenom sofort abschalten**

## A. Problem

Zu Buchstabe a

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung u. a. auffordern soll, den Atomausstieg in Deutschland zu beschleunigen und sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten in der EU, auf der Ebene des EURATOM-Vertrags sowie in den internationalen Beziehungen für einen schnellstmöglichen Atomausstieg sowie gegen den Neubau von Atomkraftwerken einzusetzen. Angesichts von aktuellen Ereignissen in Reaktorblöcken von Nachbarländern sollen mit einer Reihe von Forderungen die Stilllegung grenznaher Kernkraftwerke beschleunigt sowie die Transparenz und die Katastrophenvorsorge in Deutschland und Europa verbessert werden.

Zu Buchstabe b

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung u. a. auffordern soll, den durch Atomunfälle betroffenen Ländern weitere Unterstützung zur Minderung der Folgen anzubieten und sich international für einen möglichst schnellen Ausstieg aus der Atomkraft und Umstieg auf erneuerbare Energien einzusetzen. Auf europäischer Ebene soll die Bundesregierung u. a. für die Schaffung eines neuen Regelwerks eintreten, um Einfluss auf die Sicherheitsanforderungen für grenznahe Atomkraftwerke im Ausland nehmen zu können.

Außerdem soll die Bundesregierung auf eine Neuausrichtung des EURATOM-Vertrags hinwirken, mit den Regierungen von Nachbarländern Verhandlungen über die Stilllegung störanfälliger, grenznaher Kernkraftwerke aufnehmen sowie in Deutschland den Atomausstieg ernsthaft und sicher durch eine Reihe von genannten Maßnahmen vollenden.

Zu Buchstabe c

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, mit Frankreich Verhandlungen zum Zweck der unverzüglichen Stilllegung des Atomkraftwerks Cattenom aufzunehmen und die Abschaltforderungen aus den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Saarland sowie der luxemburgischen Regierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen.

## B. Lösung

Zu Buchstabe a

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/7875 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

Zu Buchstabe b

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/7656 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

Zu Buchstabe c

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/7668 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

**C. Alternativen**

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags.

Zu Buchstabe b

Annahme des Antrags.

Zu Buchstabe c

Annahme des Antrags.

**D. Kosten**

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 18/7875 abzulehnen,
- b) den Antrag auf Drucksache 18/7656 abzulehnen,
- c) den Antrag auf Drucksache 18/7668 abzulehnen.

Berlin, den 27. April 2016

**Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

**Bärbel Höhn**  
Vorsitzende

**Steffen Kanitz**  
Berichterstatter

**Marco Bülow**  
Berichterstatter

**Hubertus Zdebel**  
Berichterstatter

**Sylvia Kotting-Uhl**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Steffen Kanitz, Marco Bülow, Hubertus Zdebel und Sylvia Kotting-Uhl

### I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 18/7875** wurde in der 162. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. März 2016 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 18/7656** wurde in der 165. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. April 2016 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Zu Buchstabe c

Der Antrag auf **Drucksache 18/7668** wurde in der 165. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. April 2016 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. beinhaltet im Wesentlichen, dass der Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, den Atomausstieg in Deutschland zu beschleunigen und sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten in der EU und in den internationalen Beziehungen für einen schnellstmöglichen Atomausstieg sowie gegen den Neubau von Atomkraftwerken einzusetzen.

Darüber hinaus soll sich die Bundesregierung für die Auflösung des EURATOM-Vertrags und für den Abschluss eines neuen Vertrags als Grundlage für die Einrichtung einer alternativen Europäischen Gemeinschaft zur Förderung von Erneuerbaren Energien und Energieeinsparung einsetzen. Wegen der aktuellen Ereignisse soll die Bundesregierung insbesondere auf die schnellstmögliche Stilllegung der Reaktoren in den grenznahen Regionen von Belgien, Frankreich, der Schweiz und der Tschechischen Republik hinwirken. Außerdem sollen der Öffentlichkeit sämtliche Unterlagen zur Verfügung gestellt werden, die zur Bewertung der Sicherheit der Atomanlagen in Deutschland notwendig sind. In diesem Sinne soll auch auf europäischer Ebene auf größere Transparenz hingewirkt werden.

Darüber hinaus sollen die Bemühungen bundesdeutscher Städte und Kommunen mit dem Ziel der Stilllegung der belgischen Reaktoren Tihange 2 und Doel 3 nach Kräften unterstützt und geeignete Schritte unternommen werden, um eine zweifelsfreie Aufklärung der Risiken durch den Betrieb der beiden belgischen Kernkraftwerke zu erreichen, und bis zum Abschluss dieser Maßnahmen die Abschaltung der Reaktoren erwirkt werden.

Schließlich sollen zum Schutz der Bevölkerung in Regionen mit grenznahen Reaktoren im Ausland, in einer Entfernung von bis zu 170 Kilometern von möglichen atomaren Unfallorten wirksame Schutzmaßnahmen vorbereitet werden, die auch im internationalen Rahmen im Katastrophenfall wirksam umgesetzt werden können.

Schließlich sollen Maßnahmen ergriffen werden, damit die Uranfabriken in Gronau und Lingen schnellstmöglich stillgelegt werden können.

Zu Buchstabe b

Mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. bezwecken die Antragsteller, dass der Bundestag die Bundesregierung u. a. auffordern soll, den durch Atomunfälle betroffenen Menschen und Ländern weitere Hilfe und Unterstützung zur Minderung der gesundheitlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Folgen anzubieten und sich international für einen möglichst schnellen Ausstieg aus der Atomkraft und Umstieg auf erneuerbare Energien einzusetzen sowie für eine weltweite Ächtung des Uranabbaus einzusetzen. Auf europäischer Ebene soll die Bundesregierung darüber hinaus für die Schaffung eines neuen Regelwerks eintreten, dass es Anrainerstaaten ermöglicht, Einfluss auf die Sicherheitsanforderungen für grenznahe Atomkraftwerke nehmen zu können und somit für eine deutliche Erhöhung der Sicherheitsstandards und Haftungsanforderungen zu sorgen.

Außerdem soll die Bundesregierung auf eine Neuausrichtung des EURATOM-Vertrags hinwirken, indem die Sonderstellung der Kernenergie abgeschafft und die Kernkraft begünstigende Investitionen gestrichen werden. Alternativ soll der EURATOM-Vertrag von deutscher Seite gekündigt werden.

Darüber hinaus soll sich die Bundesregierung in Bezug auf grenznahe Kernkraftwerke mit besonderem Nachdruck für eine Reduktion des Risikos einsetzen und daher Verhandlungen über die Stilllegung der grenznahen Kernkraftwerke Cattenom, Fessenheim, Beznau, Leibstadt, Tihange und Doel aufnehmen und die deutsche Öffentlichkeit besser über den Zustand und die Sicherheitsrisiken grenznaher ausländischer Kernkraftwerke sowie die diesbezüglichen Tätigkeiten der Bundesregierung informieren.

Außerdem soll Deutschland den Atomausstieg vollenden, indem in Zusammenarbeit mit den Bundesländern der nukleare Katastrophenschutz verbessert wird und die gesetzlichen Voraussetzungen zur Stilllegung aller Anlagen des Kernbrennstoffkreislaufs (außer den für die inländische Entsorgung erforderlichen) geschaffen werden.

Schließlich sollen Atomtransporte minimiert und auf die Schiene verlagert, die Mittel für Atomsicherheitsforschungsvorhaben vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie auf das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit übertragen und alle frei werdenden Finanzmittel vollständig für das Gelingen der Energiewende und die Forschung für mehr erneuerbare Energien, für die Sicherheits- und Endlagerforschung sowie für die Forschung zu den Auswirkungen ionisierender Strahlung eingesetzt werden.

Zu Buchstabe c

Mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soll die Bundesregierung aufgefordert werden, mit Frankreich bilaterale Verhandlungen zum Zweck einer unverzüglichen Stilllegung des grenznahen, besonders anfälligen und alten Atomkraftwerks Cattenom aufzunehmen und die Abschaltforderungen aus den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Saarland sowie der luxemburgischen Regierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen.

Das französische Atomkraftwerk Cattenom liege nur elf Kilometer von der deutschen Grenze und weniger als 60 Kilometer von Trier und Saarbrücken entfernt. Im Einzugsgebiet von 30 Kilometern lebten 800 000 Menschen und im Umkreis von 75 Kilometern über 3 Millionen Menschen, die von einem Unfall in Cattenom direkt und unmittelbar betroffen sein würden.

Es gebe Defizite bei mehreren sicherheitstechnischen Einrichtungen. Diese seien technisch nicht voneinander getrennt, womit das Risiko bestehe, dass bei einem Fehler gleich mehrere Einrichtungen ausfielen. Wichtige sicherheitsrelevante Einrichtungen seien nicht für seismische Einwirkungen qualifiziert und der Schutz gegen Einwirkungen aus einem Flugzeugabsturz sei beispielsweise in Bezug auf die Lagerung abgebrannter Brennelemente im Vergleich zu deutschen Anlagen geringer ausgeführt.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 76. Sitzung am 27. April 2016 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/7875 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 61. Sitzung am 27. April 2016 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/7875 abzulehnen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 76. Sitzung am 27. April 2016 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/7656 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 63. Sitzung am 27. April 2016 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/7656 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 61. Sitzung am 27. April 2016 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/7656 abzulehnen.

Zu Buchstabe c

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 76. Sitzung am 27. April 2016 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/7668 abzulehnen.

#### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu den Buchstaben a bis c

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit hat die Anträge auf den Drucksachen 18/7875, 18/7656 und 18/7668 in seiner 81. Sitzung am 27. April 2016 abschließend beraten.

Die **Fraktion DIE LINKE.** führte aus, die Reaktorkatastrophen in Tschernobyl und Fukushima seien eine Mahnung, dass ein Atomausstieg nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und weltweit erforderlich sei. Es sei wichtig, festzustellen, dass die Politik der Bundesregierung diesem Anspruch nicht standhalte. Die vorliegenden Anträge zeigten auf, dass es vielfältige Handlungsmöglichkeiten gäbe, den Atomausstieg in Deutschland und Europa deutlicher zu vertreten. Dazu gehörten auch eine Intensivierung der Sicherheitsdebatte sowie entsprechende Verabredungen mit den europäischen Nachbarn. Dies gelte auch für die noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland, deren Sicherheit bis zum Ende des Betriebs auf dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik zu halten sei. Die Ereignisse in den letzten Wochen zeigten, dass die Kernkraftwerke nicht als sicher erklärt werden könnten, auch wenn dies vereinzelt anlässlich der Vorgänge im Kraftwerk Philippsburg und Biblis behauptet worden sei. Diese sprächen im Gegenteil für Sicherheitsmängel auch in deutschen Kernkraftwerken. Es gelte daher auch, dass die Atomaufsichten der Länder mehr Druck auf die Kraftwerksbetreiber ausüben müssten. Als Signal an Europa sei es von großer Bedeutung, wenn die Urananreicherungsanlage in Gronau und die Brennelementefabrik in Lingen in den Atomausstieg einbezogen würden. Es sei keine glaubwürdige Politik, in Deutschland Kernkraftwerke abzuschalten, aber solche hinter der Grenze weiter mit Brennstoff zu versorgen. Es sei ein Hinweis darauf, dass sich die Bundesregierung international eine Tür zu einer Zukunft der Atomenergie offenhalten wolle. Daher wolle man, wie viele Anti-Atom-Initiativen und Umweltverbände, den Atomausstieg im Grundgesetz verankern.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, der Gedenktag am vorangegangenen Tag habe zum Nachdenken angeregt. Gleichzeitig könne man dabei auch noch einmal rekapitulieren, welchen Anteil Deutschland zur Beseitigung der Folgeschäden erbracht habe. Der Sarkophag zum Einschluss des Reaktors stehe kurz vor dem Abschluss und Deutschland habe dafür einen signifikanten Beitrag geleistet. Bei aller Demut und Trauer sei es jedoch offensichtlich, dass von Einzelnen versucht werde, diese Gedenktage für andere Zwecke zu instrumentalisieren. Gleichzeitig werde suggeriert, dass die Kernkraft in Europa vollkommen unsicher sei. Der Respekt vor dem Ereignis und den Fakten gebiete es, sich mit den Themen seriös auseinanderzusetzen. So werde beispielsweise das Ereignis vom April 2014 im Kernkraftwerk Fessenheim im Antrag der Fraktion DIE LINKE. als schwerer Störfall dargestellt, obwohl es sich tatsächlich um ein meldepflichtiges Ereignis der zweitniedrigsten Stufe auf der internationalen

Bewertungsskala gehandelt habe. Die dortige Zugabe von Borsäure sei ein normaler betrieblicher Vorgang gewesen, wie er auch aus Revisionsgründen üblich sei. Es dürfe also nicht der Eindruck erweckt werden, als habe der Reaktor kurz vor einem GAU gestanden. Zu den belgischen Reaktorblöcken Doel-3 und Tihange-2 sei zu sagen, dass es mehrere Untersuchungen auch unter deutscher Beteiligung gegeben habe. Die Reaktorsicherheitskommission habe in einer eindeutigen Stellungnahme u. a. als Fazit festgestellt, dass davon auszugehen sei, dass „unter Betriebsbelastung ein Integritätsverlust der drucktragenden Wand des Reaktordruckbehälters nicht zu unterstellen“ sei. Die in der Öffentlichkeit kolportierten Szenarien, der Reaktor stünde kurz vor dem Zusammenbruch, seien falsch. Es sei geboten, mit den Fakten ordentlich und sorgsam umzugehen. Gleichzeitig müsse der Nachweis erbracht werden, dass es auch unter Störfallbedingungen zu keinem Unfall komme. An die Opposition gehe die Bitte, nicht mit den Ängsten der Bevölkerung zu spielen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** äußerte, das Problem sei, dass es eben doch tausende Risse in den Reaktordruckbehältern gebe, deren Ursachen nicht zweifelsfrei feststellbar seien. Es sei nicht entscheidend, dass das Ereignis in Fessenheim kein Störfall gewesen sei. Wichtiger sei, warum es dieses Ereignis gegeben habe. Die Ursache sei Schlamperei. In Biblis habe es sich um nicht meldepflichtige Ereignisse gehandelt, auch wenn es falsch gewesen sei, dass die Umweltministerin anders als der Umweltminister Baden-Württembergs diese nicht sofort veröffentlicht habe. Daher fordere man Änderungen bei den Meldepflichten. Betrügereien und Schlampereien bei der Überprüfung von Sicherheitseinrichtungen oder von für die Sicherheit notwendigen Instrumenten seien jedoch nicht akzeptabel. Der Mensch sei ein wesentlicher Risikofaktor, weshalb diese Technologie nicht verantwortlich sei und weshalb es in Deutschland zum Atomausstieg gekommen sei. Die Vorkommnisse in Europa seien beunruhigend. Deutschland habe sich einmütig für den Atomausstieg entschieden. Nun müsse daran gearbeitet werden, dass andere Länder diesem Beispiel folgten. Der eingebrachte Antrag ziele darauf ab, im Hinblick auf die Atomkraft vollkommen glaubwürdig und konsequent zu sein und daher auch die Atomfabriken in Deutschland stillzulegen. Daher fordere man auf EU-Ebene ein neues Regelwerk, damit von einem Schadensfall potentiell betroffene Nachbarländer ein Mitspracherecht bei den Sicherheitsanforderungen bekämen. Entscheidend sei, den Atomausstieg vollständig umzusetzen, was auch die Forschung, das europäische Regelwerk und die Atomfabriken beinhalte.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, die Jahrestage seien nur eine Mahnung. Die andere Seite seien die vielen Meldungen über Ereignisse in Kernkraftwerken, bei denen es müßig sei, zu spekulieren, ob es sich um Pannen oder Störfälle gehandelt habe, da man wisse, dass häufig getrickt und getäuscht werde. Neben den Störfällen in Harrisburg und Forsmark, bei denen man nah an einer Katastrophe gewesen sei, gebe es sicher noch zahlreiche Fälle, von denen die Öffentlichkeit nie erfahren habe. Weder der Mensch, noch die Technik sei 100 Prozent zuverlässig und sicher. Die unkalkulierbaren Folgen einer Katastrophe dieser Hochrisikotechnologie seien unvergleichbar, erst recht, wenn Kernkraftwerke mit einem Alter von über 40 Jahren an Deutschlands Grenzen betrieben würden. Unabhängig von den Ereignissen in Tschernobyl und Fukushima müsse man die Risiken dieser Technologie ernst nehmen, auch im Hinblick auf die Terrorgefahr in Europa. Angesichts der aktuellen Meldungen über den Bericht über die Atomaufsicht in Belgien sei es schwerer denn je, Vertrauen in die Aussagen dieser Behörde aufzubauen. Natürlich könne man anderen Ländern keine Energiepolitik vorschreiben. Dennoch sei es weiterhin wichtig, zu versuchen, die Nachbarländer von der deutschen Position zu überzeugen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu empfehlen, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 18/7875 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu empfehlen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/7656 abzulehnen.



Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu empfehlen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/7668 abzulehnen.

Berlin, den 27. April 2016

**Steffen Kanitz**  
Berichtersteller

**Marco Bülow**  
Berichtersteller

**Hubertus Zdebel**  
Berichtersteller

**Sylvia Kotting-Uhl**  
Berichterstellerin





